

Positionspapier

Agrarpolitik 2022+

I. Antrag des sgv

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Die Agrarpolitik ist für den sgv kein Schwerpunktthema, aber sie kann für die KMU-Wirtschaft einige Hindernisse bergen. Deshalb beantragt der sgv:

- die Gewährleistung der unternehmerischen Freiheit durch Vereinfachung des administrativen Aufwandes für Landwirte;
- die systematische und konsequente Beseitigung administrativer und budgetärer Doppelspurigkeiten;
- eine Agrarpolitik, die die Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht behindert.

II. Einleitende Bemerkungen

Der sgv hält fest, dass der Agrarsektor für die Ernährungssicherheit der Schweiz (Covid-19-Krise) von entscheidender Bedeutung ist und dass die Produkte und Dienstleistungen von hoher Qualität sind. Die Landwirtschaft, 2019 entfielen 0,7 % des BIP auf sie, ist in den letzten Jahren unternehmerischer geworden (Exporte). Eine dynamische Landwirtschaft kommt auch den vor- und nachgelagerten Betrieben zugute, insbesondere im ländlichen Kontext. Bürokratie und Überregulierung verhindern aber die Entfaltung des im Agrarsektor steckenden unternehmerischen Potenzials und führen zu zusätzlichen Kosten.

Der Bundesrat hat der Bundesversammlung die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) unterbreitet. Die Vorlage ist im Wesentlichen auf die vier folgenden Handlungsfelder ausgerichtet, in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgeführt: Umweltbelastung, Betriebsentwicklung, Sozialversicherungsschutz und Wertschöpfung am Markt.

Mit den Massnahmen zur Reduktion der Umweltbelastung soll der Einsatz von Pestiziden und anderen Produkten mit erhöhtem Umweltrisiko verringert, umweltfreundliche Produktionsformen gefördert sowie die Tiergesundheit inklusive des Tierwohls gestärkt werden. Die betriebliche Entwicklung wird professionalisiert und flexibilisiert durch die Weiterentwicklung der Bestimmungen für juristische Personen, die obligatorische Ausbildung in Betriebswirtschaft, die Förderung von Innovation und Digitalisierung. Umgekehrt lässt der Bund eine höhere Verschuldung zu und soll sich an der Risikoabsicherung gegen wetterbedingte Ertragsschwankungen beteiligen. Für den Erhalt von Direktzahlungen für den Ehepartner oder Partner ist ein Sozialversicherungsschutz erforderlich. Zudem sollen selbstbewirtschaftende Nichteigentümergehen ein Vorkaufsrecht erhalten, das jenem der Geschwister und Geschwisterkinder vorgeht. Die Wertschöpfung am Markt orientiert sich an einer konsequenten Qualitätsstrategie und nutzt Synergien zwischen Nachhaltigkeit und Markt sowie die Vorteile digitaler Marketingkanäle.

Bei den Vollzugsmodalitäten hat der Bundesrat seinen Willen zum Ausdruck gebracht, Kontrollen und Doppelspurigkeiten abzubauen, um den administrativen Aufwand der Betriebe zu reduzieren.

III. Allgemeine Einschätzung der Botschaft

Der sgv unterstützt die Weiterentwicklung der Agrarpolitik, um die Herausforderungen einer nachhaltigen, qualitativ hochwertigen Land- und Ernährungswirtschaft zu bewältigen und dabei den Anforderungen der Marktwirtschaft gerecht zu werden. In diesem Sinn ist es unverständlich, dass der Bundesrat, der aus Gründen der Versorgungssicherheit Interesse an einer zukunftsfähigen Landwirtschaft hat, eine ökologisch kostspielige und administrativ schwerfällige Überregulierung schaffen will.

Zudem sollten in der Agrarpolitik keine zu rigiden Vorgaben eingeführt werden, da diese den Verhandlungsspielraum für künftige Freihandelsabkommen beeinträchtigen. Die Tatsache, dass die Schweiz fast 50 % der im Inland benötigten Nahrungsmittel importiert, zeigt die Abhängigkeit von guten internationalen Beziehungen. Zollschutzmassnahmen auf der Grundlage von Zollkontingenten verteuern bereits importierte Lebensmittel. Dieser Protektionismus schadet der Wettbewerbsfähigkeit anderer Exportsektoren sowie der Wettbewerbsfähigkeit inländischer Akteure wie der Gastronomie und Hotellerie und gefährdet viele Arbeitsplätze. Der sgv setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die Eigenverantwortung, Unternehmertum und Innovation fördern. Aus diesem Grund vertritt er die Auffassung, dass die kommerzielle Wertschöpfung der Landwirtschaft im Agrarsektor mehr Gewicht erhalten soll.

Die mit staatlichen Unterstützungsmassnahmen geförderte Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber anderen KMU ist gesetzeswidrig (Art. 89a, Landwirtschaftsgesetz, LwG) und schafft in der Umsetzung ungleich lange Spiesse. Der sgv fordert den Bund und die Kantone auf, in dieser heiklen Frage strikt auf die Wahrung der Gleichbehandlung zu achten.

IV. Schlussfolgerungen

Der sgv ist sich bewusst, dass die Landwirtschaft in der Schweizer Bevölkerung einen guten Ruf genießt. In der agrarpolitischen Diskussion wünscht er sich aber eine stärkere Förderung des landwirtschaftlichen Unternehmertums durch den Bund. Auch sollten die Ausgaben für Unterstützungsmassnahmen der Landwirtschaft nicht zu Lasten anderer Wirtschaftssektoren gehen. Was die Umsetzung des LwG angeht, so muss die Vorzugsbehandlung der Landwirtschaft bei gewerbenahen Tätigkeiten gegenüber den KMU bekämpft und die Gleichbehandlung in der Praxis aufrechterhalten werden.

Bern, 13. Oktober 2020

Ressortleiter

Mikael Huber, Ressortleiter Digitalisierung und Handel
031 380 14 34, m.huber@sgv-usam.ch